

KARL TEPPE

Johannes Gronowski (1874-1958)

Arbeitersekretär – Oberpräsident – Parteiführer

Johannes Gronowski gehört zu den Männern der katholischen Arbeiterbewegung, die als Arbeitersekretäre Bewußtseinsbildung für die sozialen Probleme der Zeit trieben, die sich nach der Novemberrevolution von 1918 im überwiegenden Maße zum demokratisch-parlamentarischen System von Weimar bekannten und die nach 1945 nachdrücklich für das damals ungewisse Wagnis einer interkonfessionellen Partei eingetreten sind. Insofern besitzt das Wirken Gronowskis im deutschen Verbandskatholizismus und in hohen staatlichen Ämtern exemplarischen Charakter für den Beitrag, den die katholische Arbeiterbewegung zur Bewältigung der politischen und sozialen Probleme Deutschlands seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts beigetragen hat und der bis heute weder historisch genügend aufgearbeitet, noch angemessen gewürdigt worden ist.¹

I

Johannes Gronowski war am 4. Februar 1874 in der westpreußischen Kreisstadt Graudenz als erstes Kind des Arbeiters August Franz Gronowski und dessen Frau Maria geb. Peplinska geboren worden. Der Vater erlebte die Geburt seines Sohnes nicht. Er starb am 9. September 1873 an einer schweren Infektionskrankheit im Alter von 35 Jahren. Der Tod des Vaters verschärfte die ohnehin bescheidene wirtschaftliche Situation des Elternhauses noch mehr. Die Mutter war auf sich allein angewiesen, da weder ihre noch die Familie ihres Mannes sie finanziell unterstützen konnten. So wuchs der Junge in einer überaus armen Familie auf. Kaum schulpflichtig, mußte er fast täglich das benötigte Brennholz aus dem Walde holen und während der Schulferien täglich 12 Stunden für 50 Pfennig am Tage, mit zunehmendem Alter etwas mehr, beim Bauern arbeiten. Ein ganzes Schuljahr wurde ihm geschenkt, damit er sich die notwendige Kleidung zur Erstkommunion verdienen konnte.

Nach Abschluß der Volksschulzeit verließ Gronowski mit 15 Jahren das Elternhaus und ging in die „Fremde“ nach Berlin, wo er eine Lehre als Maschinen- und Bauschlosser absolvierte. Damals hatte die Woche noch sieben

1 Eine Ausnahme bilden die bisher in drei Bänden vorliegenden und von Rudolf *Morsey* herausgegebenen Veröffentlichungen: Zeitgeschichte in Lebensbildern, wo auch Kurzbiographien von katholischen Arbeiterführern vertreten sind. Außerdem ist zu verweisen auf die Bonner Dissertation von Jürgen *Aretz*, Katholische Arbeiter-Bewegung und Nationalsozialismus. Der Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands 1923-1945, die inzwischen in den Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Bonn, erschienen ist.

Arbeitstage, und Gronowski war froh, wenn ihn sein Lehrherr jeden zweiten Sonntag zwei Stunden vom Schraubstock entließ, damit er den katholischen Gottesdienst besuchen konnte. In dieser Zeit hatte Gronowski auch die ersten Kontakte mit dem Kolpingverein.²

Nach der Gesellenprüfung im Jahre 1892 begannen die üblichen Wanderjahre, die ihn quer durch Deutschland und schließlich nach Dortmund führten. Er arbeitete als Maschinenschlosser in der Eisenbahnhauptwerkstatt. Hier nun werden Gronowskis Strebsamkeit, aber auch seine politische Aufgeschlossenheit und Tatkraft erstmals deutlich. Er qualifiziert sich durch Abendkurse zum Werkführer einer Abteilung von 52 Handwerkern und Arbeitern.³ Gleichzeitig schloß er sich der in dieser Zeit noch in den Anfängen stehenden katholischen Arbeiterbewegung an. Fest gegründet in seiner katholischen Religiosität hatte Gronowski sein künftiges Wirkungsfeld gefunden: die katholische Arbeiterbewegung. Sie sollte maßgeblich seinen künftigen Lebensweg bestimmen.

Im Jahre 1904 heiratete Gronowski. Aus der Ehe mit Sophie Pott-Eckardt gingen fünf Kinder hervor.

II

Gronowski hat sich immer mit Stolz dazu bekannt, den schwierigen und oft entbehrungsreichen Weg des Autodidakten gegangen zu sein. Er eignete sich wie so viele der damaligen Führer der sozialistischen und christlichen Arbeiterbewegung in Abendkursen das an geistigem Rüstzeug an, wozu zuvor nicht die Möglichkeit bestanden hatte. Gronowski besuchte vor allem die Unterrichtskurse des 1890 gegründeten und als religiöse und sozialpolitische Massenschulungsstätte für die deutschen Katholiken konzipierten „Volksverein für das katholische Deutschland“ in Mönchengladbach, der schon bald den Ruf besaß, „im besten Sinne eine Volksuniversität“ zu sein.⁴ 1895 war Gronowski so weit,

² Vgl. die sog. „Personalakte Johannes Gronowski“, die ich aufgrund des freundlichen Entgegenkommens der Familie Gronowski einsehen konnte. Es handelt sich dabei um einen schmalen Schnellhefter, der überwiegend Unterlagen zu besoldungs- und versorgungsrechtlichen Fragen enthält. Ein persönlicher Nachlaß Gronowskis existiert nicht. Das, was Gronowski an politischen Unterlagen über den Krieg hinweg hat retten können, hat er schließlich selbst vernichtet, um nicht, wie es seine Tochter Sophia in dem Gespräch mit dem Verf. vom 11. 7. 1978 formulierte, „nach Jahren noch alte Wunden aufzureißen oder anderen weh zu tun“. Aus den gleichen Motiven hat es Gronowski trotz Drängens seiner Familie und von Freunden abgelehnt, Memoiren zu verfassen. Erwähnenswert ist allerdings noch die Korrespondenz mit Heinrich Brüning aus der Zeit nach 1945, die aber für die Zeit Gronowskis als Oberpräsident so gut wie nichts enthält (künftig zit.: Materialien Gronowski). Die Briefe wurden zum Teil auszugsweise abgedruckt, in: Heinrich *Brüning*, Briefe 1946-1960, hrsg. von Claire *Nix*, Stuttgart 1974. Da es auch keinen amtlichen Nachlaß Gronowskis gibt, fußt die Darstellung weitgehend auf den gedruckten Reden, die Gronowski im Preußischen Abgeordnetenhaus bzw. im Preußischen Landtag gehalten hat. Hinweise enthalten auch die katholische Verbands- und Tagespresse sowie die Akten des Oberpräsidiums im Staatsarchiv Münster.

³ Materialien Gronowski, Personalakte J. G.

⁴ Johannes *Gronowski*, So fing es an, in: Wille und Werk. 50 Jahre KAB-Bezirk Dortmund, hrsg. von der Katholischen Arbeiterbewegung, Bezirksverband Dortmund aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Bezirkes, Dortmund 1952, o. S.

daß er an dem fünftägigen „Praktisch-sozialen Kurs“ des Volksvereins teilnehmen konnte, der sich speziell mit der Arbeiterfrage befaßte. Später absolvierte er auch den „Großen Kursus“ in Mönchengladbach, der sich über zehn Wochen erstreckte und von dem späteren Reichsarbeitsminister Dr. Heinrich Brauns geleitet wurde.⁵

Gronowski hat eine besondere Befriedigung darin gefunden, seine erarbeiteten Erfahrungen als Hilfestellung an Jüngere weitergeben zu können. Unter dem unmittelbaren Eindruck des „Praktisch-sozialen Kursus“ richtete er mit Gesinnungsgenossen 1895 in Dortmund das erste Volksbüro ein. Dieses beriet die Arbeiter in Angelegenheiten der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes sowie in Schul-, Steuer- und Militärsachen. Darüber hinaus sollte das Volksbüro das katholische Vereins- und Verbandsleben insgesamt beleben und vor allem dem Volksverein den Weg ebnen.⁶

Dieses Vereinsleben in Dortmund befand sich damals in einem desolaten Zustand. Nach dem Abklingen des Kulturkampfes stagnierte der organisatorische Ausbau. Deshalb konnten beispielsweise bei politischen Wahlen kaum genügend Mitglieder als „Hilfstruppen“ des katholischen Kandidaten mobilisiert werden. Bedeutsamer aber waren die Folgen in sozialer Hinsicht. Da die katholischen Vereine traditionellen Stils keine ernsthaften Anstrengungen unternahmen, um den religiösen und sozialen Herausforderungen begegnen und „an der eigenen Schulung und Durchbildung“ arbeiten zu können,⁷ vermochten sie insbesondere die katholische Arbeiterschaft kaum anzusprechen und ihr erstrebenswerte Ziele zu weisen. Hier nun setzten einige Geistliche und Laien an. Sie steckten sich folgende Ziele für die katholische Sozialarbeit: Dem Arbeiter sollte geholfen werden

- a) durch die Vermittlung eines soliden religiösen und geistigen Fundaments,
- b) durch Information und Hilfestellungen für den beruflichen Alltag,
- c) durch Vertretung der Interessen der katholischen Arbeiterschaft im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Raum.

Zur Durchsetzung dieser Ziele bedurfte es allerdings einer strafferen Organisation der Katholiken als bisher. Hinfort sollten deshalb katholische Arbeitervereine, christliche Gewerkschaften und die Zentrumsparterie verstärkt die Belange der katholischen Arbeiter vertreten. Der Gegner waren die Sozialisten und Liberalen als Gewerkschaften und Parteien. Ein erster Schritt in diese Richtung war die Schaffung eines Arbeitersekretariats in Dortmund, dessen Leitung Gronowski am 1. April 1902 übernahm.⁸ An beiden Entscheidungen

5 Emil Ritter, Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert und der Volksverein, Köln 1954, S. 198, 262.

6 Johannes Gronowski, Ein Rückblick, in: Festzeitung zum Silberjubiläum des Christlichen Arbeitersekretariats der katholischen Arbeitervereine des Bezirksverbands Dortmund, 1928, o. S.

7 Arnold Rosenberg, Gruß an meine lieben Dortmunder Freunde und Mitarbeiter aus dem Jahrhundertanfang, in: Festzeitung, a.a.O.

8 Gronowski, Ein Rückblick.

hatten vor allem der Generalsekretär des Volksvereins Heinrich Brauns und der 1898 nach Dortmund als Kaplan versetzte, spätere Generalvikar der Diözese Paderborn Professor Joseph Rosenberg mitgewirkt.

Zunächst war das Arbeitersekretariat nur ein Einmann-Betrieb, ohne gesicherte und ausreichende Geldmittel und ohne die notwendigen Büromaterialien. Gronowski mußte also Pionierarbeit leisten, deren Anstrengungen und Entbehrungen heute nur noch schwer nachvollziehbar erscheinen und deren Erfolgsaussichten alles andere als günstig waren. Galt doch Dortmund in katholischen Kreisen aufgrund des vergleichsweise hohen Organisationsgrades der sozialistischen Arbeiterschaft als „verlorener Posten“. An erster Stelle standen Fragen des Rechts- und Arbeitsschutzes für die Mitglieder. Hinzu kam der Aufbau der Organisation, die helfen sollte, sobald wie möglich in Dortmund einen katholischen Arbeiterverein zu gründen.

Parallel zu seinen Verpflichtungen als Arbeitersekretär arbeitete Gronowski kommunalpolitisch in der Zentrumsparterie mit. Diese unmittelbare und offene Verbindung von katholischer Verbandstätigkeit und parteipolitischem Engagement für das Zentrum war damals für die Gruppe der katholischen Arbeitersekretäre eine Selbstverständlichkeit. Gronowski hat dies später in der ihm eigenen unpräzisen und unverfänglichen Weise so formuliert: „Niemand darf glauben, daß der erste christliche Arbeitersekretär in Dortmund nur Rechtsschutz erteilte und den Aufbau der . . . Organisationen vervollständigte. O nein, er mußte auch Hilfe leisten bei allen politischen Wahlen.“⁹ 1905 war Gronowski in die Dortmunder Stadtverordnetenversammlung gewählt worden, wo er mit 31 Jahren zu den jüngsten Abgeordneten zählte und sich als Delegierter der III. Abteilung gegenüber den Vorurteilen der im Dortmunder Stadtrat dominierenden Gruppe „von Bildung und Besitz“, wie Gronowski die Vertreter der Nationalliberalen Partei bezeichnete, behaupten mußte.¹⁰

Am 6. Mai 1906 wurde der erste katholische Arbeiterverein in Dortmund mit 58 Mitgliedern gegründet.¹¹ Damit war das erste Teilziel erreicht, das man sich bei der Schaffung des Arbeitersekretariats vor vier Jahren gesteckt hatte. Gronowski war an dem weiteren Ausbau des Vereins nur noch kurze Zeit hauptamtlich beteiligt. Denn gut zwei Jahre später, am 1. Oktober 1908, mußte er das Amt des Arbeitersekretärs abgeben, weil ihn die Dortmunder Zentrumsparterie zu ihrem Parteisekretär berief.

9 Gronowski, So fing es an. Eine ausführliche Beschreibung des Tätigkeitsfeldes der Arbeitersekretäre enthält das Buch: Die Katholische Arbeiter-Bewegung Deutschlands. Ziele und Aufbau, hrsg. vom Reichsverband der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands, München 1928, S. 104ff., vgl. außerdem den Artikel „Arbeitersekretär“ von Th. Brauer, in: Staatslexikon, 1. Bd, Freiburg 1926⁵, S. 281f.

10 StA-Dortmund, a.a.O., Do n 182, Bericht der Polizeiverwaltung Dortmund über eine Zentrumsveranstaltung vom 17. 1. 1909.

11 Stadtarchiv Dortmund, Best. 3, Do n 250, Mitteilung des 2. Vorsitzenden, Jacob Isenrath, an die Polizeiverwaltung vom 31. 7. 1906 mit „Statut des Katholischen Arbeitervereins zu Dortmund“.

III

Fortan widmete sich Gronowski der Parteiarbeit. Für seine Tätigkeit als Parteisekretär des Bezirks Dortmund-Hörde bedeutete dies vor allem mühevollle Kleinarbeit: Eintreiben der Mitgliedsbeiträge, Kontakte mit Ortsgruppenverbänden, Anstöße und Hilfen zum Aufbau neuer Bezirke, Organisation der Wahlkämpfe. Wenn Gronowski sich als Parteisekretär auch vorzugsweise mit organisatorischen Fragen beschäftigen mußte, so war er doch alles andere als ein subalternen Funktionärstyp, der erst auftragsgemäß aktiv wurde. Vielmehr hat Gronowski seine Rolle als Parteifunktionär immer auch politisch verstanden und so gehandelt. So bereitete er Schulungstage und Wahlkämpfe nicht nur organisatorisch vor, sondern trat in ihnen auch als Redner auf. Dabei kam ihm gerade im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zustatten, daß er mit „Leben, Land und Leuten“ dieser Region sehr vertraut war. Allerdings ein theoretischer Kopf, der Resolutionen entwirft und programmatische Erklärungen verfaßt, ist Gronowski nicht gewesen. Seine Stärke war die Empfindsamkeit für die konkreten wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Arbeiterschaft und der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Noch im gleichen Jahr seiner Berufung zum Parteisekretär wurde Gronowski in der Stichwahl mit den Stimmen der SPD gegen den Kandidaten der Nationalliberalen Partei für den Landkreis Dortmund in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt.¹² Gronowski hat den Sprung ins Abgeordnetenhaus nicht planmäßig angesteuert. Daß er gelang, war für ihn selbst wie für die Partei überraschend, nachdem das Zentrum in den vorausgegangenen Reichstagswahlen von 1907 nicht die erhofften Mandate in Dortmund hatte erringen können. Der Erfolg Gronowskis erklärt sich in erster Linie aus seiner Tätigkeit als Arbeitersekretär, die ihm unter den Arbeitern zu einer relativ großen Popularität verholfen und ihn für die SPD, nach dem Scheitern des eigenen Kandidaten, wählbar gemacht hatte.

Im Abgeordnetenhaus hat er sich insbesondere durch seine Sachkompetenz für sozialpolitische und arbeitsrechtliche Fragen Anerkennung über den Kreis seiner Parteifreunde hinaus erworben. Als im Jahre 1913 Neuwahlen anstanden, sicherte ihm die Fraktionsspitze seine Wiederwahl durch eine Kandidatur in der Zentrumshochburg Mönchengladbach, da die Partei, wie die Kölnische Zeitung berichtete, „diesen Arbeiterabgeordneten . . . der Zentrumsfraktion erhalten will“ und andererseits ein erneuter Erfolg in Dortmund fraglich schien.¹³

Gronowski gehörte zu den regelmäßigen Sprechern seiner Fraktion im Abgeordnetenhaus. Außer zu sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Problemen äußerte er sich gelegentlich auch zu so traditionellen Themen der Zentrumspar-
tei, wie der Kultur-, Schul- und Kirchenpolitik. Gronowski war kein herausra-

12 Staatsarchiv Münster (= StAM), Regierung Arnberg I, Nr. 1464.

13 Ausgabe vom 7. Mai 1913, Nr. 525.

gender Redner. Seine Reden, zwar inhaltsreich und durchdacht, besaßen wenig Pathos, wenig Brillanz, waren in der Wortwahl eher schmucklos und einfach in den Denkfiguren. Gronowskis Stärke lag in der Debatte, im Hin und Her der Argumente, und er beherrschte die Technik des parlamentarischen Zwischenrufes. Vor allem wurde er leidenschaftlich und polemisch scharf, wenn es um Fragen der Lohn- und Rentenpolitik ging:

Gronowski war ein entschiedener Gegner der sozialistischen Klassenkampfideologie. Infolgedessen beurteilte er das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch nicht in Freund-Feind-Kategorien. Er war vielmehr davon überzeugt, daß bei gutem Willen von beiden Seiten und durch bestimmte, institutionell verankerte Mitspracherechte der Arbeiter die „Klassengegensätze“ überbrückbar und sogar lösbar seien. Durch die gemeinsame Arbeit in allerdings nicht paritätisch besetzten Ausschüssen hoffte er auf die gegenseitige Erkenntnis, „daß nicht alle Werksbesitzer, nicht alle Grubenherrn Ausbeuter und Feinde der Arbeiter sind“ und „daß nicht alle Arbeiter, auch nicht alle organisierten Arbeiter, der Sozialdemokratie angehören“.¹⁴ Gronowski war zuversichtlich, daß die fundamentalen Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter, die er sah und im Unterschied zu der Mehrzahl seiner Parteifreunde als Klassengegensätze bezeichnete, in erster Linie durch eine fortschrittliche Sozial- und Arbeitspolitik überwunden und gelöst werden könnten. Dazu gehörten für ihn vorzugsweise eine gerechtere, leistungsbezogene Lohnpolitik, Arbeitszeitverkürzungen, eine bessere Versorgung im Rentenalter, aber auch die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht. Letzteres wollte er allerdings nur als ultima ratio in Tarifauseinandersetzungen angewandt wissen.¹⁵

Gronowski erhoffte sich von einer Sozialpolitik, die sich an den Interessen und Bedürfnissen der Arbeiterschaft orientierte, eine zweifache Wirkung: zum einen die Aussöhnung der Masse der Arbeiterschaft mit der geltenden Staatsordnung und zum anderen ihre Sicherung durch eben diese Reformpolitik. Gronowski verstand Sozialpolitik also nicht, wie dies bei Teilen der sozialistischen Gewerkschaften und der SPD der Fall war, als Brücke zu einer grundlegend anderen Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern vielmehr als eine zentrale Möglichkeit der Systemerhaltung. Darüber hinaus hegte er die Hoffnung, auf diese Weise den Zulauf zu den sozialistischen Gewerkschaften aufzufangen und mehr und mehr Arbeiter für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen.

Gronowskis Vorstellungen von der politischen und geistigen Emanzipation des Arbeiterstandes besaßen Berührungspunkte mit denen der sozialistischen Gewerkschaften. Aber die Kluft zwischen ihnen war doch erheblich und hatte staatspolitische, ideologische und vor allem religiöse Gründe. Auch Gronowski

14 Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten, 1908/09, 5. Bd., Sp. 6785 (künftig zit.: Verhandlungen AH).

15 Verhandlungen AH, a.a.O., Sp. 6896f., 1910, Bd. 1, Sp. 2223, 1910, Bd. 4, Sp. 5402f., 1913, Bd. 8, Sp. 10581ff.

diskriminierte die SPD als „Umsturzpartei“ und die sozialistisch organisierten Arbeiter als staatsgefährdend, lehnte aber andererseits das Mittel der Ausnahmegesetze ab. Statt dessen plädierte er für eine politische Bekämpfung der SPD, bei der er im Ruf stand, immer dann von seiner Fraktion an das Rednerpult geschickt zu werden, „wenn irgendein Trumpf gegen die Sozialdemokratie ausgespielt werden soll, . . .“¹⁶

Wenn Gronowski im Bereich der Sozial- und Arbeitspolitik auch fortschrittliche Positionen vertrat, die für seine Fraktion durchaus nicht immer repräsentativ waren, so war er doch in seinen politischen Grundanschauungen ein gemäßigter, auf Ausgleich bedachter Politiker. Er wich keiner Kontroverse aus, aber er suchte die Konfrontation nicht. Gronowski war kein vorsichtig taktierender, nach allen Seiten sich absichernder Parlamentarier. Er neigte vielmehr dazu, auch im politischen Leben die Gutwilligkeit und Kompromißbereitschaft des Gegners zu überschätzen, was ihn teilweise daran hinderte, politische Entscheidungen als politische Machtfragen zu erkennen. Dies zeigt sich beispielhaft an seinen Stellungnahmen zum preußischen Dreiklassenwahlrecht. Obwohl grundsätzlich ein Gegner dieses Wahlkampfverfahrens, kämpfte er nicht mit jener Entschlossenheit und Kompromißlosigkeit für dessen Beseitigung, mit der er und seine politischen Freunde etwa in Fragen der Kultur- und Kirchenpolitik auftraten. Er kritisierte sogar das Verhalten der SPD als zu aggressiv und warf ihr vor, „das Wahlrecht benutzen“ zu wollen, „um ihre politische Kraft und Macht ausüben zu können . . . Sie brauchen bloß an den 10. Februar 1910 zu denken, als Sie den Herrn Reichskanzler von Bethmann Hollweg in einer Weise empfangen, die ein Bergmann mit der allerniedrigsten Schulbildung in einer öffentlichen Versammlung sich schämen würde anzuwenden. Dieses Verhalten und ihre sonstige Agitationsart hat der Idee des gleichen Wahlrechts den allergrößten Schaden zugefügt, und dann wundern Sie sich, wenn die Stimmung für das Reichstagswahlrecht allmählich abgeflaut ist.“¹⁷

Gronowski war der politische Radikalismus gleich welcher Spielart zuwider, und er verurteilte nationalistische Übersteigerungen, wie sie in der Anfangsphase des Ersten Weltkrieges auch in seiner Partei zu beobachten waren. Er trat für eine schrittweise und behutsame Demokratisierung des öffentlichen Lebens ein, ohne die monarchische Spitze als eine Verfassungsinstitution grundsätzlich in Frage zu stellen. Es sieht so aus, als ob, wie zahlreichen anderen katholischen Arbeiterführern, auch Gronowski die parlamentarische Monarchie als vorläufiges Ziel einer Verfassungsreform vorschwebte. Insofern fiel es ihm nicht sonderlich schwer, sich nach der Novemberrevolution auf dem Boden der neuen politischen Realitäten zurechtzufinden.¹⁸

16 Verhandlungen AH, 1913, Bd. 8, Sp. 10584, 1912, Bd. 2, Sp. 1893.

17 Verhandlungen AH, a.a.O., Sp. 10589.

18 Gronowski war wegen eines Beinleidens vom Kriegseinsatz verschont geblieben. Statt dessen

IV

Gronowski hat die revolutionären Vorgänge, die zur Republik von Weimar geführt haben, nicht bejaht. Doch hat er alle Versuche nachdrücklich zurückgewiesen, ihren Repräsentanten den Zusammenbruch des alten Systems anzulasten. Die Ursache dafür sah er, wie er vor der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung am 20. Februar 1920 ausführte, in dem „Geist, der in Preußen geherrscht hat. Wenn Kreuz und Leid . . . gleichmäßig von Hoch und Niedrig im Kriege und in der Heimat getragen worden wäre, . . . die moralische Kraft des deutschen Volkes hätte ausgereicht, um uns wenigstens vor diesem größten Unglück (der Revolution, d. Vf.) zu bewahren; . . . und wenn etwas mehr bescheidener Geist auf der rechten Seite geherrscht hätte, etwas mehr staatsbürgerliche Gesinnung, etwas mehr Anpassungsvermögen, weniger Hochmut und weniger Überhebung, . . . der Mann im Schützengraben und der Mann in der Grube und am Martinsofen hätte manches mit in Kauf genommen und in eine neue, bessere Zeit mit hinübergerettet.“¹⁹

Gronowski hatte keinen Moment gezögert, sich an dem Aufbau der neuen Staatsordnung zu beteiligen. Allerdings war seine Mitarbeit, wie dies für den größten Teil seiner Partei zutraf, überwiegend von der Sorge bestimmt, „Schlimmeres verhüten zu wollen“. Darunter verstand er vor allem die Aufgabe, eine „sozialistische Diktatur“ abzuwenden und durch eine Volksregierung zu ersetzen“.²⁰ Deshalb verlangte er „rücksichtslos“ gegen die Anhänger der Spartakusgruppe und der USPD vorzugehen und verteidigte das Zusammengehen mit der SPD als notwendiges Übel.²¹ Das von Gronowski in einer parlamentarischen Rede gebrauchte Bild vom „führerlosen Reichswagen“²² wurde insofern der politischen Wirklichkeit nicht voll gerecht, aber es entsprach einer im Zentrum weit verbreiteten Vorstellung und diente nicht zuletzt dazu, die Koalition mit der bisher heftig bekämpften SPD vor sich und den Parteianhängern zu rechtfertigen.

Gronowski hat die durch die revolutionären Ereignisse geschaffene Situation aber auch als Chance für die Realisierung längst überfälliger politischer und gesellschaftlicher Reformen verstanden. So plädierte er beispielsweise in der brisanten Frage der Gestaltung der inneren Struktur des Reiches für eine

arbeitete er in Dortmund in der Kriegsbeschädigtenfürsorge und im Wohlfahrtsausschuß ehrenamtlich mit, wofür er militärische und zivile Auszeichnungen erhielt.

19 Verhandlungen Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung, 1920, Bd. 7, Sp. 9186f. (künftig zit.: Verhandlungen Landesversammlung).

20 Verhandlungen Landesversammlung, 1919, Bd. 7, Sp. 8092.

21 Verhandlungen, a.a.O., Sp. 8093; Verhandlungen Preußischer Landtag, 1921, Bd. 1, Sp. 56 (künftig zit.: Verhandlungen PL), Bd. 12, Sp. 15910. Generell zur Zentrums politik während dieser Zeit: Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrums partei 1917-1923 (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 32), Düsseldorf 1963, S. 79ff.

22 Verhandlungen PL, 1921, Bd. 3, Sp. 4356.

umfassende Revision der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern mit dem Ziel eines starken deutschen Einheitsstaates. Die Einzelstaaten sollten auf zentrale Souveränitätsrechte zugunsten des Reiches verzichten. Die preußische Staatsregierung forderte er dazu auf, freiwillig den ersten Schritt in diese Richtung zu tun.²³ Darüber hinaus trat er für eine Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung ein und unterstützte die darauf abzielenden Bemühungen des preußischen Innenministers Severing. Die von deutschnationalen Abgeordneten vorgebrachten Bedenken, die „Parteizugehörigkeit“ dürfe bei der Besetzung von Beamtenstellen keine Rolle spielen, wies er erregt mit der Bemerkung zurück: den „Herrschaften paßt die ganze Richtung nicht, Ihnen paßt die Sozialpolitik des Zentrums nicht, Ihnen paßt die Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht, Ihnen paßt die Demokratie nicht, und Ihnen paßt die Republik nicht . . . Sie piepmeiern und jammern vergangenen Zeiten nach, statt aufzubauen. Darauf kommt es an. Sie sehnen sich nach den Zeiten, wo der Mensch noch nach Stand, Rang, Vermögen, nach Kleidung, Titel und Ordenszeichen unterschieden wurde. Das machen wir einfach nicht mit. Jede Partei hat nach der Revolution Opfer der Überzeugung bringen müssen, aber Sie scheinen Leute in Ihren Kreisen zu haben und aufzunehmen, die während des Krieges, nach dem Kriege und während der Revolution auch nicht einen Funken hinzugelernt haben.“²⁴

Die Empörung, mit der Gronowski hier die politische und gesellschaftliche Starrheit des deutschnationalen Konservatismus und dessen anmaßende Identifizierung von Standes- und Staatsinteresse attackierte, läßt ahnen, wie sehr ihn die zwei Jahre später im Zusammenhang mit der Besetzung des westfälischen Oberpräsidiums entfesselte Kampagne um seine Person, seinen sozialen Stand und seinen Berufsweg getroffen haben muß. „Die Zeit der Privilegien“ war keineswegs vorbei, wie Gronowski auf dem ersten Parteitag der Preußischen Zentrumspartei in Berlin am 12. Dezember 1920 optimistisch ausgerufen hatte.²⁵

Gronowski warnte frühzeitig vor den Gefahren, die der jungen Republik durch den politischen Radikalismus drohten. Er machte hier keinen Unterschied zwischen extremen linken oder rechten Gruppen, die er in der KPD und in der DNVP repräsentiert sah und denen er im Landtag am 18. November 1921 entgegenrief: „Wenn man Sie von rechts und die von links in einen Sack tut und durcheinander schüttelt und den Sack öffnet, kommt Deutschlands Unglück immer zuerst heraus.“²⁶

Während Gronowskis Mitarbeit an der Neuordnung der staatlichen Verhält-

23 Verhandlungen Landesversammlung, 1919, Bd. 7, Sp. 8086.

24 Verhandlungen, a.a.O., 1920, Bd. 11, Sp. 14540.

25 Vgl. den Bericht der Kölnischen Volkszeitung Nr. 976 v. 13. 12. 1920.

26 Verhandlungen PL, 1921, Bd. 3, Sp. 4359.

nisse ursprünglich primär aus der Furcht vor einer Linksentwicklung motiviert war, wurde er nicht zuletzt unter dem Eindruck der subversiven Aktionen der erklärten Gegner der Weimarer Republik und der organisierten Hetze gegen einzelne ihrer Exponenten wie Matthias Erzberger zu einem überzeugten und kämpferischen Verteidiger des republikanischen Staatswesens. Es sprach für sein politisches Einfühlungsvermögen, daß er schon sehr früh in der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung die Parteien auf ihre Schlüsselrolle bei der Aufgabe hinwies, zwischen der neuen politischen Ordnung und der Bevölkerung ein Vertrauensverhältnis zu schaffen. Als eine wesentliche Voraussetzung dazu bezeichnete er die Tätigkeit und Selbstdarstellung der Abgeordneten. Deshalb appellierte er anlässlich der Haushaltsberatungen am 15. Dezember 1919 an das Parlament, nicht einen „Wettlauf um die Gunst der Wähler zu veranstalten“, um so den Verdacht zu erwecken, „eine Einrichtung der Gefälligkeitsschwätzerei und Umschmeichelung zu sein.“²⁷

Diese und andere Äußerungen machen deutlich, daß Gronowski seit Beginn seiner parlamentarischen Tätigkeit im Jahre 1908 erheblich an politischem Profil, an Urteilskraft und Sachkenntnis auch für grundlegende politische Zusammenhänge gewonnen hatte. Aus dem ursprünglich primär sozialpolitisch engagierten Arbeiter- und Parteisekretär war ein über die Tagesaktualitäten und politischen Rivalitäten hinaus denkender Politiker geworden. In der preußischen Zentrumsparlei hatte Gronowski sich bis in die erste Reihe vorgearbeitet. Die Wertschätzung, die er dort besaß, zeigte sich auch in seiner Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden und zum 3. Vorsitzenden der Landtagsfraktion. Im Jahre 1921 spielte er eine wichtige Rolle in den interfraktionellen Gesprächen und führte verantwortlich die Verhandlungen mit der SPD, die zur Bildung des Kabinetts Stegerwald führten.²⁸ Angesichts dieser Vertrauensbeweise überrascht es nicht, daß die Partei Gronowski wiederholt für leitende staatliche Aufgaben vorsah, die er aber ausschlug. Er lehnte sogar das ihm von der Fraktion angetragene Amt des Ministers für Volkswohlfahrt im 2. Kabinett von Otto Braun ab; ein Amt, für das er zweifellos qualifiziert war und das dann sein Parteifreund, der Gewerkschaftssekretär Heinrich Hirtsiefer übernahm.²⁹

V

Von 1919 bis 1921 gehörte Gronowski dem Westfälischen Provinziallandtag an. Als der seit Juli 1919 amtierende Oberpräsident der Provinz Dr. Bernhard

27 Verhandlungen Landesversammlung, 1919, Bd. 7, Sp. 8085.

28 Vgl. Stegerwalds Ausführungen im Preußischen Landtag vom 22. 2. 1921, Verhandlungen PL, 1921 Bd. 1, Sp. 688 sowie Gronowskis Artikel in der „Germania“, Nr. 199 v. 21. 4. 1921.

29 Vgl. den Bericht der „Tremonia“ Nr. 99 v. 9. 4. 1922. Wie erleichtert Gronowski darüber war, das Ressort nicht übernehmen zu müssen, zeigt sich daran, daß er spontan nach der Entscheidung an seine Familie telegraphierte: „Freigesprochen“. Mitteilung von Frau Sophia Gronowski.

Wuermeling (Zentrum) aus Altersgründen ausscheiden mußte,³⁰ nominierte die Fraktion einstimmig Gronowski als Nachfolger. Auch dieses Mal zögerte er lange, gab aber schließlich dem Drängen der Parteifreunde nach. Mit Beschluß vom 28. April 1922 ernannte das Staatsministerium Gronowski zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen.³¹ Er blieb zwar weiterhin Mitglied des Preußischen Landtags bis zu dessen Auflösung im Jahre 1933, ohne dort aber noch einmal aus Rücksicht auf sein Amt das Wort zu ergreifen.

Der Ernennung Gronowskis waren in der westfälischen Öffentlichkeit und in den beteiligten regionalen Organen der Selbstverwaltung und der Zentrumspartei ungewöhnlich heftige Auseinandersetzungen vorausgegangen, die in der Geschichte des westfälischen Oberpräsidiums ohne Beispiel sind. Die Kontroverse entzündete sich sowohl an der Frage nach der fachlichen Qualifikation Gronowskis als auch an dem politischen Entscheidungsprozeß, der der Berufung Gronowskis vorausgegangen war. Darüber hinaus sahen westfälische Organisationen und Gruppen der politischen Rechten in dem „Fall Gronowski“ eine willkommene Gelegenheit, um die republikanische Beamtenpolitik grundsätzlich zu attackieren.

Auf Grund der politischen Mehrheitsverhältnisse in der Provinz hatte die Zentrumsfraktion des Landtags, ohne auf ernste Widerstände anderer Parteien zu stoßen, den Posten für ihre Partei beansprucht. Ohne Kontakt mit den westfälischen Parteiorganisationen aufzunehmen, einigte sich die Fraktion am 18. Januar 1922 auf Gronowski.³² Die Angelegenheit war damit für die Partei aber noch nicht erledigt. Denn wenig später wurde in der Öffentlichkeit bekannt, daß mehrere maßgebliche westfälische Zentrumspolitiker und Ortsverbände gegen eine Berufung Gronowskis waren, so der Vorstand der Zentrumspartei in Münster als auch die sechs Zentrumsmitglieder des Provinzialausschusses.³³ Gerade ihr negatives Votum aber hatte besonderes Gewicht und komplizierte die Situation erheblich. Denn nach Artikel 86 der preußischen Verfassung sollte die Besetzung der Stellen der Oberpräsidenten und der Regierungspräsidenten im Einvernehmen mit dem Provinzialausschuß erfolgen. In ihm aber verfügte das Zentrum über die Mehrheit.³⁴ Angesichts dieser Sachlage war das isolierte Vorgehen der Landtagsfraktion tatsächlich voreilig und taktisch ungeschickt.

An der breiten publizistisch wie versteckt geführten Kampagne gegen die Ernennung Gronowskis beteiligten sich sogar Blätter der Zentrumspartei wie

30 StAM, Personalakte Dr. Wuermeling.

31 StAM, Personalakte Gronowski.

32 Kölnische Zeitung Nr. 128 v. 19. 2. 1922 und Tremonia Nr. 113 v. 26. 4. 1922.

33 Der Westfälische Demokrat, 3. Jg., Nr. 10, v. 11. 3.1922, S. I.

34 Die übrigen Stimmen verteilten sich auf SPD (3), DVP (2), DNVP (1), KPD (1). Insgesamt umfaßte der Ausschuß mit dem Landeshauptmann als geborenem Mitglied 15 Personen.

etwa der in Münster erscheinende „Westfälische Merkur“. Dieser schrieb: „Es sind neben politischen Gesichtspunkten doch auch noch ethische(!) vorhanden, die stark ins Gewicht fallen. Abgeordneter Gronowski z. B. als Kurator der Universität – bislang ist der Oberpräsident Kurator der Universität – wäre einfach unmöglich.“³⁵ Selbst die Dortmunder „Tremonia“ tat sich anfänglich schwer, schlug sich aber schließlich eindeutig auf die Seite Gronowkis. Lediglich die Presse der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Arbeitervereine sprach sich vorbehaltlos für Gronowskis Nominierung aus. Im Organ des deutschen Gewerkschaftsbundes „Der Deutsche“ tat dies beispielsweise Heinrich Brüning, damals Geschäftsführer der christlichen Gewerkschaften, dem Gronowski dies nie vergessen hat und zu dem er später während der Kanzlerschaft Brünings und vor allem nach 1945 ein Vertrauensverhältnis gewann.³⁶ Der entschiedenste Widerstand ging von einzelnen alteingesessenen westfälischen Adelfamilien und agrarischen Standesorganisationen aus. So drohte der teils zentrumsorientierte, teil unter starken deutschnationalen Einflüssen stehende Westfälische Bauernverein in einer Resolution: „Die westfälischen Bauern sind nicht gewillt, sich einen Arbeitersekretär als Oberpräsidenten gefallen zu lassen.“³⁷ Ähnlich argumentierte der Landbund.

Für das konservative Münster und die festgefügte münsterländische Gesellschaft war der Gedanke unvorstellbar, die Provinz von einem Angehörigen des Arbeiterstandes und nicht des westfälischen Altadels oder des gehobenen Bürgertums repräsentiert zu wissen, wie dies seit 1815, seit dem ersten Oberpräsidenten Ludwig von Vincke, traditionell der Fall war. Hinzu kam, daß Gronowski kein gebürtiger Westfale war. Der Klassunterschied, die soziale Herkunft Gronowskis bildeten den eigentlichen Stein des Anstoßes, obwohl „sachliche“ Argumente, wie die fehlenden Laufbahnvoraussetzungen Gronowskis und die komplizierte politische, wirtschaftliche, soziale und vor allem die konfessionelle Struktur der Provinz als Hindernis in den Vordergrund geschoben wurden. Letztlich richteten sich die Widerstände gegen eine politische Öffnung der staatlichen Verwaltung und der Besetzung der leitenden Ämter durch sogenannte „Außenseiter“ bzw. Parteibuchbeamte.³⁸

35 Zit. n. Kölnische Zeitung Nr. 128 v. 19. 2. 1922.

36 Vgl. den Brief Brünings an Gronowski vom 11. 3. 1949, in: Materialien Gronowski, Akte Brüning; dazu auch Gottfried R. *Treviranus*, Das Ende von Weimar, Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf und Wien 1968, S. 40, der Auszüge aus dem Artikel Brünings zitiert.

37 Wie Anm. 35.

38 Vgl. die plastische, teilweise sarkastische Schilderung bei Rudolf *Amelunxen*, Ehrenmänner und Hexenmeister, München 1960, S. 89ff. Generell zur preußischen Beamtenpolitik in der Weimarer Zeit: Wolfgang *Runge*, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965, Hans *Fenske*, Preußische Beamtenpolitik vor 1918, in: Der Staat, 12. Bd., 1973, S. 339-356, *ders.*, Beamtenpolitik in der Weimarer Republik, in: Verwaltungs-Archiv, Bd. 64, 1973, S. 117-135; zur Frage der Besetzung der Stelle des Oberpräsidenten in Westfalen vor 1918: Dietrich *Wegmann*, Die leitenden staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen 1815-1918, Münster 1969.

Vor diesem Hintergrund ist die Glosse zu bewerten, die Joseph Joos anlässlich der Kampagne gegen Gronowski in dem führenden Organ der katholischen Arbeitervereine, in der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung, am 4. März 1922 unter der Überschrift „Die von unten kommen“ veröffentlichte.³⁹

Joos, der nach Herkunft und politischem Standort im Zentrum Gronowski nahestand und ihm auch freundschaftlich verbunden war, schrieb dort unter anderem:⁴⁰ „Was sollen diese Arbeitersekretäre, Parteibeamte und deren Vertrauensleute in Regierungsämtern und Verwaltungsstellen, die ehemals und überlieferungsgemäß einer besonderen Schicht vorbehalten waren. Diese Geschichtslosen, die aus dunklen Tiefen steigen, statt aus der Höhe zu kommen, seltsame Lebensschicksale aufweisen, statt regulärer Studien, diese Unberufenen, diese Eindringlinge! So die Empfindung und die Sprache der Gestrigen. Jeder Minister, jeder Oberpräsident oder Regierungspräsident, jeder Landrat und Beigeordnete selbst in Kommunalverwaltungen, geht ihnen auf die Nerven, gefühlsmäßig. Denn sie kommen von unten. Diese Gestrigen vermögen so schwer loszukommen von ihren gesellschaftlichen Vorurteilen und geistigen Bindungen. Sie sind entschieden Gegner des Volksstaates . . . Was folgt daraus?

Die von unten kommen tragen doppelt schwere Verantwortung. Sie sind ein Ausdruck der neuen Staatsform, des neuen Staatsgedankens. Die Mängel, die dem neuen Staat noch anhaften, werden auf ihr persönliches Konto gesetzt. Amt und Staat werden zusammen gesehen. Nur soviel Autorität gewinnt der letztere, als der neue Mann um sich aufzubauen vermag. Er arbeitet inmitten lautloser, doch geschäftiger Feindseligkeit . . . Da pflanzt sich riesengroß vor ihm die Aufgabe: Unabhängig, unparteiisch, unbestechlich, gerecht zu regieren und zu verwalten, trotz alledem, ja gerade darum. Er, der von unten kommt, soll werben für das Neue, Verständnis wecken, Vertrauen schaffen, durch seine Sachkenntnis und seine Gewissenhaftigkeit, durch seine Persönlichkeit und die Art der Amtsführung. Das heißt praktisch, den engbrüstigen Parteimann vergessen, Klasseninstinkte niederhalten, hinauswachsen über den kleinlichen Menschen, heißt Charakter sein, in des Wortes tiefster Bedeutung. Das verlangt der Volksstaat von den Beamten, die den neuen Geist ausprägen sollen. Wird er von allen so erfaßt?“

Joos hatte seine Glosse verfaßt, um an dem „Fall“ Gronowski ein grundsätzliches Anliegen aufzuzeigen.⁴⁰ Er wollte in seiner in der Form eindrucksvollen und in der Sache eigensinnigen, aber bemerkenswerten Analyse die vielfältigen Probleme und Ansprüche beschreiben, mit denen die Männer und Frauen konfrontiert waren, die sich in der Weimarer Republik der politischen Verant-

39 Zu Joos s. Oswald *Wachtling*, Joseph Joos. Journalist, Arbeiterführer, Zentrumsführer, Politische Biographie 1878-1933, Mainz 1974.

40 Vgl. von Joos die knappe, aber warmherzige Skizze über Gronowski, in: So sah ich sie. Menschen und Geschehnisse, Augsburg, 1958, S. 33-37.

wortung aus Pflichtbewußtsein und Überzeugung stellten, aber eben nicht den traditionellen Führungsschichten entstammten. Folglich begegneten diese ihnen mit sozialen Ressentiments und sahen in ihnen die Nutznießer eines Systems, das die bisherige soziale und politische Homogenität der Führungseliten gefährdete.

Die Ausführungen von Joos geben darüber hinaus die Richtung für die Beantwortung der von Arnold Brecht aufgeworfenen Frage an, warum das parlamentarisch-demokratische System von Weimar trotz fehlender republikanischer Mehrheiten so lange Bestand und zeitweise eine erstaunliche Stabilität gehabt hat.⁴¹ In den Zusammenhang ist auch der unlängst von Erich Kosthorst gegebene Hinweis einzuordnen, die Geschichtswissenschaft müsse bei der Erforschung der Weimarer Republik stärker als bisher die Bemühungen um die Entfaltung der demokratischen „Kräfte und Tendenzen“ in den Blickwinkel nehmen und würdigen.⁴²

Gronowski hat zu all den gegen ihn erhobenen Bedenken geschwiegen. Es ist anzunehmen, daß er das Ausmaß und das Niveau der Kampagne nicht vorhergesehen hat, die ihn und seine Familie zutiefst verletzt hat. Andernfalls hätte er wohl kaum der Nominierung durch seine Partei zugestimmt. Selbst die liberale „Kölnische Zeitung“, die ihn ablehnte, kritisierte die Schärfe der Auseinandersetzungen und schrieb: „Damit geschieht Herrn Gronowski Unrecht. Diesen ehrt seine Zurückhaltung und seine Bescheidenheit.“⁴³

Mit Schreiben vom 15. März 1922 forderte der preußische Innenminister Severing den Landeshauptmann der Provinz Westfalen, Dieckmann, auf, im Provinzialausschuß umgehend das Einvernehmen mit der Ernennung Gronowskis herzustellen.⁴⁴ Jetzt mußte sich zeigen, ob Gronowskis Kandidatur von seinen eigenen Parteimitgliedern zu Fall gebracht würde. Seit dem Beschluß der Landtagsfraktion vom 18. Januar hatten aber zwischen ihr und den westfälischen Parteistellen offensichtlich Gespräche stattgefunden. Denn der Provinzialausschuß sprach sich am 8. April 1922 in geheimer Abstimmung mit 7 Stimmen für die Ernennung Gronowskis aus. Zwei Abgeordnete stimmten mit „nein“, sechs mit „Enthaltung“.⁴⁵ Nun stand der Berufung Gronowskis nichts mehr im Wege. Das Preußische Staatsministerium ernannte ihn, wie schon erwähnt, am 28. April 1922 zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, was

41 Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884-1927. Stuttgart, 1966, S. 11, 312f.

42 Jakob Kaiser, 1888-1961, in: Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 2, Aus dem Katholizismus des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Rudolf Morsey, Mainz, 1975, S. 147.

43 Nr. 128 v. 19. 1. 1922.

44 Verwaltungsarchiv des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe C10/11-156.

45 Es ist anzunehmen, daß Gronowski alle sieben Stimmen des Zentrums erhielt und die beiden negativen Voten nach den vorausgegangenen Äußerungen von dem deutschnationalen Abgeordneten Freiherr von Ledebur sowie dem Kommunisten Stolzenburg stammten. Die SPD, DVP und DDP hatten vorher schon Stimmenthaltung angekündigt.

die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung mit dem Satz kommentierte: „Ein ekelhafter Streit fand damit ein gutes Ende“. ⁴⁶ Gronowski leistete am 4. Mai den Eid auf die Verfassung und trat vier Tage später sein Amt an. ⁴⁷

VI

Mit der Oberpräsidentschaft hatte Gronowski ein Amt übernommen, das in Preußen und insbesondere in Westfalen ein hohes politisches und gesellschaftliches Prestige besaß. Das Amt des Oberpräsidenten, im Zuge der preußischen Provinzialreform zu Beginn des 19. Jahrhunderts aus dem Institut des Provinzialministers hervorgegangen, war von Anfang an nicht so sehr als eine Behörde mit administrativen Kompetenzen gedacht – diese lagen überwiegend bei dem Regierungspräsidenten –, sondern als die politische Vertretung sowohl der Ministerien in der Provinz als auch der Provinz gegenüber den Ministerien. Der Oberpräsident bildete keine eigene Instanz zwischen Ministerium und Provinzialbehörden, sondern stellte eine Art „eingeschobene(n) Zwischeninstanz“ dar. Sie war, so Fritz Hartung, ein verwaltungsorganisatorischer „Luxus“, den sich außer Preußen kein deutscher oder europäischer Staat leistete. Als ständiger Kommissar des Ministeriums in der Provinz hatte der Oberpräsident vornehmlich ausführende, kontrollierende Aufgaben. Es unterstanden ihm das höhere Schulwesen, das Medizinalwesen und das Konsistorium. Gegenüber dem Regierungspräsidenten besaß er zwar ein gewisses Instruktionsrecht, war aber nicht dessen vorgesetzte Behörde. Der Oberpräsident war ermächtigt – was in der streckenweise labilen politischen Lage der Weimarer Republik von Bedeutung sein konnte – allgemeine Sicherheits- und in gesetzlich geregelter Umfang auch Militärmaßnahmen zu treffen, sofern sie über die Grenze des einzelnen Regierungsbezirks hinausgingen. Bei der Anordnung militärischer Maßnahmen handelte der Oberpräsident gemeinsam mit dem kommandierenden General des Armeekorps der Provinz. ⁴⁸ In dem Zusammenhang sind auch die Befugnisse hervorzuheben, die der Oberpräsident im Rahmen der republikanischen Schutzgesetze besaß. So konnte er antirepublikanische Versammlungen, Kundgebungen und Aufzüge verhindern, links- oder rechtsextreme Verbände auflösen sowie Zeitungen verbieten, die Hetzartikel gegen den Staat oder seine Repräsentanten veröffentlichten. ⁴⁹

46 Nr. 20 v. 20. 5. 1922.

47 StAM, Oberpräsidium Nr. 2933, 6.

48 Den besten Überblick über Entstehung, Funktion und Wandel des Amtes des Oberpräsidenten gibt Fritz Hartung, Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung, 3. Teil: Der Oberpräsident, in: Staatsbildende Kräfte der Neuzeit, Berlin 1961, S. 275ff., außerdem informativ Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. I, Stuttgart u. a. 1975², S. 161ff. sowie Max Bär, Die Behördenverfassung der Rheinprovinz seit 1815, Bonn 1919 (Neudruck 1965), S. 134ff.

49 Vgl. dazu Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherheit der Demokratie in der Weimarer Republik, Tübingen 1963.

Aufgrund der besonders zugeschnittenen politischen und rechtlichen Stellung des Oberpräsidenten, die Reinhard Koselleck auf die zugespitzte Formel gebracht hat: „Der Oberpräsident herrschte, aber administrierte nicht“⁵⁰ – lebte das Amt in entscheidender Weise von der persönlichen Autorität und der politischen Integrationsfähigkeit seines Trägers.

Nachdem Gronowski sein Amt angetreten hatte, veröffentlichte die in Essen erscheinende Zeitung „Das freie Wort“ einen Artikel, in dem es unter anderem hieß: „Nun residiert Herr Johannes Gronowski im Schloß zu Münster. Ob ihm so wohl dabei ist? Wenn der Herr Oberpräsident durch die herrlichen Säle des prächtigsten deutschen Oberpräsidiums schreitet und von Säulen und Bildern in träumender Dämmerung sich erzählen läßt von vergangenen Zeiten, dann werden die Zeugen des Einst ihm berichten von den vielen, vielen Jahrzehnten, da das Schloß zu Münster der Sammelpunkt Westfalens großer Bürger war . . . Zum Oberpräsidenten von Westfalen kam der Adel, der nicht zu Hofe ging . . . Es kamen die westfälischen Großindustriellen, die zum Hofe in Berlin nicht geladen waren . . . Es kamen Westfalens große Kaufleute . . . Johannes Gronowski, werden diese Leute zu Dir kommen? Bisher ist es noch gelungen, den größten Teil des westfälischen Adels bei der Stange (d. h. bei der Zentrumspartei) zu halten. Wie wird es werden, nachdem durch diese Partei dem westfälischen Adel seine Repräsentationsstätte genommen?“⁵¹

Für die Anhänger dieser Vergangenheit und mit solchen Erwartungen mußte Gronowskis Amtsverständnis allerdings eine einzige Enttäuschung sein. Denn ein so gelagertes Traditionsgefühl hatte sich bei ihm sowohl aus persönlichen Gründen als auch infolge seiner politischen Erfahrungen nicht herausbilden können. Gronowski hatte keinen Gedanken daran, das Oberpräsidium zur „Repräsentationsstätte“ eines einzelnen Standes auszugestalten, weder für den des Adels, noch des Bürgertums, noch der Arbeiterschaft. Allenfalls könnte man sagen, um im Bilde des Artikels zu bleiben, daß Gronowski hoffte, das Oberpräsidium zur Drehscheibe einer auf Ausgleich und Zusammenarbeit auch über Parteigrenzen hinaus ausgerichteten Tätigkeit zu machen.

Obwohl Gronowski das soziale Umfeld nie vergessen hat, aus dem er gekommen ist, hat er gerade während seiner Amtszeit als Oberpräsident peinlich darauf geachtet, nicht in den Verdacht eines Standes- und Interessenvertreters zu kommen. Dies schloß nicht aus, daß er nach wie vor in besonderem Maße sich den Problemen der wirtschaftlich und sozial Benachteiligten zuwandte. Beispielhaft zeigte sich dies während der Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen, als das Schloß in Münster mehr den Charakter eines „Hauses der offenen Tür“ denn des Amtssitzes des höchsten Beamten der

50 Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848, Stuttgart, 1967, S. 223.

51 Zit. n. Joos, So sah ich sie, S. 33f.

Provinz hatte. So lautete Gronowskis Antwort auf die ministerielle Anfrage, ob und wie viele ausgewiesene Beamte er aufnehmen könnte: „War der Fremdenverkehr vor der Besetzung in meiner Privatwohnung groß, so gleicht jetzt zuweilen mein Haus einem Gasthof! Nur der große Salon ist frei; es fehlen aber geeignete Möbel. Alle übrigen Räume sind belegt.“⁵²

Es ist allerdings zu kurz gefaßt, Gronowskis Wirken ausschließlich oder überwiegend unter sozialer bzw. humanitärer Perspektive zu bewerten: „Wichtig ist nicht, was er getan hat, sondern wie er getan hat, was er getan hat.“⁵³ Denn das politische Amt des Oberpräsidenten hat Gronowski voll und ganz als eine politische Aufgabe, d. h. als Wirken für den republikanisch-demokratischen Staat aufgefaßt. Er tat dies freilich nicht auf spektakuläre Weise. Daran hinderte ihn schon seine persönliche Bescheidenheit und die Aufrichtigkeit seines Wesens, die respektiert und anerkannt wurden. Als 1923 weite Teile der Provinz durch französische und belgische Truppen besetzt wurden und sich in der Bevölkerung spontan eine Stimmung zeigte, „die zunächst in manchem an den August 1914 erinnerte“,⁵⁴ wahrte Gronowski den Blick für das, was politisch machbar und politisch verantwortbar war. Er warnte vor „chauvinistischen Ausschreitungen“ und „phrasenhaftem Patriotismus“, mit dem niemand gedient sei, und rief dazu auf, in dieser Situation die „Parteipolitik“ aus dem Spiel zu lassen. „Die Leiden und Lasten standhaft und trotzig ertragen, wenn notwendig, darben und entbehren, das ist sichtbare Vaterlandsliebe.“⁵⁵

Der Ruhrkampf konfrontierte die westfälischen Behörden und insbesondere den Oberpräsidenten mit einer Fülle von politisch brisanten und diffizilen Problemen, zu deren Lösung im Einzelfall nicht immer auf die zentralen Anweisungen der Regierung des Reiches bzw. Preußens zurückgegriffen werden konnte. Auf die Initiative Gronowskis hin konstituierte sich daher am 8. Februar 1923 in Hamm ein sogenannter „Westfälischer Besetzungsausschuß“.⁵⁶ Er setzte sich zusammen aus Beamten des Oberpräsidiums, der Regierung in Münster, verschiedener Landratsämter sowie von Kommunalbehörden. Der Ausschuß sollte die Behörden und Beamten in Besetzungsangelegenheiten beraten. Man hoffte dadurch Rechtsfragen zu klären und ein koordiniertes Reagie-

52 StAM, Oberpräsidium Nr. 6282, vgl. auch die Schilderung bei Joos, a.a.O., S. 36.

53 So das Resümee von Klaus Gruna, Johannes Gronowski, in: Politik und Landschaft, hrsg. von Walter Först, Köln und Berlin 1969, S. 168.

54 Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Frankfurt u. a. 1977, S. 426.

55 StAM, Oberpräsidium Nr. 5007, Niederschrift einer Besprechung im Oberpräsidium vom 17. 1. 1923, an der u. a. Vertreter der Bezirksregierungen, der Verbände, der Wehrmacht, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften sowie der betroffenen Kommunen teilnahmen.

56 StAM, a.a.O., Nr. 5007 Sitzungsbericht. Im übrigen kann jetzt auf die Darstellung der Ruhrbesetzung bei Horst Lademacher verwiesen werden, die auch für die Vorgänge auf westfälischer Seite weitgehend gültig sein dürfte: Die nördlichen Rheinlande von der Rheinprovinz bis zur Bildung des Landschaftsverbandes Rheinland, 1815-1953, in: Rheinische Geschichte, Bd. 2, hrsg. von Franz Petri und Georg Droege, Düsseldorf, 1976, S. 699ff.

ren auf französische Maßnahmen zu sichern. Die Tätigkeit des Ausschusses erwies sich als durchaus sinnvoll und hilfreich. Er wurde zu einer clearing-Stelle für die „vor Ort“ auftauchenden Probleme. Wie die Sitzungsprotokolle zeigen, bot der Ausschuß für den erst seit einem halben Jahr das Amt des Oberpräsidenten ausübenden Gronowski zugleich die günstige Gelegenheit, in direktem Kontakt mit maßgebenden Politikern und Beamten der Provinz Vorbehalte gegen seine Person abzubauen und sogar Vertrauenspunkte zu sammeln. Gronowski leitete die Zusammenkünfte ohne hochtönende Formulierungen. Seine Gradlinigkeit und Offenheit, ohne taktisches Lavieren und hintergründige Glätte, ließen auch seine Gegner nicht unbeeindruckt.

Gronowski hat die Widerstände aus Westfalen und Münster gegen seine Ernennung zum Oberpräsidenten zu Recht nicht nur als Widerstand gegen seine Person gewertet, sondern auch als Ausdruck der Distanz und der Ablehnung der neuen Staatsordnung, die er repräsentierte. Insofern mußte es großes Aufsehen erregen, als bekannt wurde, daß der Oberpräsident den Reichspräsidenten Friedrich Ebert aufgefordert habe, zum Verfassungstage am 11. August 1924 nach Münster zu kommen. Gronowski, der Ebert bei einem Zusammentreffen in Berlin spontan zur Verfassungsfeier eingeladen hatte, verstand den Besuch des Reichspräsidenten als Demonstration für die Republik, von dem er sich erhoffte, daß er das Defizit an republikanischem Bewußtsein in Münster bzw. im Münsterland positiv beeinflussen würde. Doch bewirkte Gronowski genau das Gegenteil, da die tonangebenden politischen und gesellschaftlichen Gruppen Münsters die Einladung als eine politische Provokation auffaßten.

Infolgedessen kam es schon im Vorfeld des Besuches zu skandalösen Vorfällen und peinlichen Stellungnahmen. So gab der Oberbürgermeister der Stadt Münster Dr. Georg Sperlich in einer Sitzung des Rates am 24. Juli 1924 bekannt, daß er vergeblich versucht habe, den Oberpräsidenten von seiner Einladung abzubringen.⁵⁷ Während Sperlich aber immerhin versicherte, die Stadt werde „den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichskanzler feierlich . . . empfangen“, reagierten die Sprecher von DVP und DNVP mit kategorischer Ablehnung. Die Verfassung sei für sie weder ein Grund zu einem politischen Festakt, noch seien sie bereit, Finanzmittel der Stadt dafür zu bewilligen. Das Zentrum gab sich indifferent. Ausdrückliche Zustimmung fand die Einladung lediglich bei der SPD-Fraktion, die erklärte: „Die Arbeiterschaft werde ihre Ehre darin legen, den Reichspräsidenten zu empfangen.“⁵⁸

Der Besuch Eberts, der Gronowskis Einladung spontan angenommen hatte, verlief ohne Zwischenfälle. Ob er allerdings die von Gronowski erhoffte Wirkung gehabt hat, erscheint zweifelhaft. Dies gilt jedenfalls für die politisch dezidiert rechts stehenden Gruppen. Für sie blieb die Oberpräsidentenschaft

57 Münsterische Zeitung Nr. 177 v. 25. 7. 1924, Bericht über die Stadtratssitzung.

58 Ebenda.

Gronowskis ein fortwährendes Ärgernis und Gronowski selbst eine persona non grata. Sie warfen ihm mehr oder weniger verschleiert Amtsmißbrauch vor und unterstellten ihm, auf eine Splitterung des Zentrums in Münster in „eine rote und eine bürgerliche“ Partei hinarbeiten mit dem Ziel, „auf dem Umwege über eine radikalisierte Kommunalpolitik“ Münster „politisch“ erobern zu wollen.⁵⁹ Solche Vorwürfe waren ebenso unbegründet wie politisch durchsichtig. Als Gronowski anlässlich der 50jährigen Primiz eines Münsteraner Geistlichen in seinem Glückwunsch an den Kulturkampf erinnerte, bezichtigte ihn die deutschnationale Westfälische Landeszeitung der politischen Brunnenvergiftung. Sie karikierte ihn als Emporkömmling, der seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen sei: „Man begreift heute nicht mehr, daß ein Mann von diesen Ausmaßen so lange als Gewerkschaftssekretär verhunzt werden konnte. Ja, auch seine Stellung an der Spitze einer preußischen Provinz erscheint fast schon als Lächerlichkeit. In unserer angeblich führerlosen Zeit endlich eine Persönlichkeit allgemeinsten Vertrauens wert, ja, wahrhaft würdig, an die Spitze von Staat und Reich zu treten! Freilich, das arme Münster wird keinerlei ausreichend Ersatz finden.“⁶⁰

Diese Attacken können indes nicht verwischen, daß Gronowskis Wirken als Oberpräsident in der Provinz weitreichende Anerkennung fand. Sein Arbeitspensum war enorm. Ein Privatleben hat es für ihn während seiner Amtszeit so gut wie nicht gegeben. Da er sein Abgeordnetenmandat im Landtag beibehalten hatte, pendelte er während der Sitzungsperioden ständig zwischen Münster und Berlin. In Münster lief daher der Satz um, daß der Oberpräsident sich tagsüber der Provinz widme und nachts seinen Berliner Verpflichtungen nachkomme. Gronowski konnte diese Doppelbelastung allerdings nur tragen, weil er in seiner Familie einen unbedingten Rückhalt hatte und er sich im Oberpräsidium auf einen ihm loyal ergebenen Beamtenstab verlassen konnte. Dies gilt namentlich für den zweiten Mann im Oberpräsidium, Oberpräsidialrat Bruno Weber. Da dieser bereits seit dem Jahre 1904 im Oberpräsidium tätig war, war er mit den Problemen der Provinz bestens vertraut. Sein Wissen und seine verwaltungspraktische Routine sind Gronowski eine entscheidende Hilfe gewesen. Weber wurde zu Gronowskis wichtigstem Berater, ohne aber der naheliegenden Versuchung zu verfallen, in die Rolle einer „grauen Eminenz“ zu schlüpfen.⁶¹

In seinen zahlreichen öffentlichen Reden hat Gronowski immer wieder um Vertrauen für den Staat geworben, dem er diene. Das zeigen seine Ansprachen, die er auf den gleichermaßen traditionsbewußt organisierten wie orientierten Festakten in Münster hielt, welche 1926 anlässlich des 100. Zusammentritts des Westfälischen Provinziallandtages und 1931 zur Erinnerung an den 100. Todes-

59 Vgl. die deutschnationale Westfälische Landeszeitung Nr. 276 vom 6. 10. 1929.

60 Nr. 199 v. 22. 7. 1926.

61 Vgl. Joos, So sah ich sie, S. 35, zu Webers Karriere s. das Schreiben von Oberpräsident Würmeling an den PMdI vom 15. 5. 1921, in: StAM, Oberpräsidium Nr. 6313.

taß des Reichsfreiherrn vom und zum Stein stattfanden. In dem Zusammenhang sind auch die Grußworte zu erwähnen, die Gronowski 1927 an die Teilnehmer des 66. Katholikentages in Dortmund und an die des drei Jahre später stattfindenden Katholikentages in Münster richtete. Gronowski hob insbesondere die Freiheiten hervor, die die katholische Kirche und ihre Gläubigen „im neuen Volksstaate“ besäßen und appellierte ausdrücklich an die katholische Arbeiterschaft, nach Kräften mitzuarbeiten.⁶² Gronowski warnte die Katholiken vor einer selbstgerechten Haltung und scheute sich nicht, die selbstkritische Frage zu stellen: „Ja, wir sind gewachsen an Bedeutung und Zahl! Ob wir auch an Liebe zueinander gewachsen sind? Diese Frage zu beantworten, erkläre ich mich nach den Erlebnissen der letzten zehn Jahre für befangen.“⁶³

Ein wichtiges Forum, von dem aus Gronowski vorzugsweise zu Problemen der Provinz Stellung nahm, war der Westfälische Provinziallandtag. Dieser trat in der Regel einmal im Jahr für etwa eine Woche zusammen und wurde von dem Oberpräsidenten als Staatskommissar eröffnet und geschlossen.⁶⁴ Gronowski war dem Landtag, dem er von 1919 bis 1921 angehört hatte, kein Unbekannter. Insofern hofften die provinziellen Selbstverwaltungsorgane nicht ohne Grund, gerade bei Gronowski Verständnis für ihre Aufgaben und Interessen zu finden.⁶⁵ Diese Erwartungen sind nicht enttäuscht worden. Zwar hatte der Alterspräsident des Landtags und Gronowskis Parteifreund, Karl Herold, in seiner Begrüßung noch einmal an die Dissonanzen erinnert, die der Berufung zum Oberpräsidenten vorausgegangen waren, aber davon war auf den späteren Landtagen nichts mehr zu spüren.⁶⁶

Gronowski hat, von der Praxis seiner Vorgänger zum Teil abweichend, sich nicht darauf beschränkt, den Landtag mit allgemein gehaltenen Erklärungen zu eröffnen. Vielmehr lassen seine Ansprachen erkennen, daß er sich zuvor mit den anstehenden Vorlagen eingehend vertraut machte und gelegentlich dezidiert Stellung bezog. Er hat es aber immer vermieden, vor dem Landtag einen etatistischen Ton anzuschlagen.

In die Amtszeit Gronowskis fielen zwei Problemkomplexe, mit denen sich der gemeinhin mit haushaltsrechtlichen und verwaltungstechnischen Routinean-

62 66. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Dortmund vom 3.-6. September 1927, S. 33f., 69. Generalversammlung der Deutschen Katholiken zu Münster in Westfalen, 4.-8. September 1930, S. 61f., 416.

63 Generalversammlung Dortmund, S. 34.

64 Vgl. im einzelnen zum Problemkreis der provinziellen Selbstverwaltung Karl Teppe, Kontinuität und Wandel. Zur Geschichte der landschaftlichen Selbstverwaltung Westfalens, 1885-1945, in: Geschichte und Funktion regionaler Selbstverwaltung in Westfalen, hrsg. von Alfred Hartlieb v. Wallthor, Münster, 1978, S. 9ff.

65 Vgl. die Bemerkungen des Landtagsvorsitzenden Hamm in der Sitzung vom 21. 5. 1921, in: Verhandlungen des Westfälischen Provinziallandtages, 1921, III. Teil, S. 5 (künftig zit.: Verhandlungen PLT).

66 Verhandlungen PLT, a.a.O., S. 3.

gelegenheiten befaßte Provinziallandtag auseinanderzusetzen hatte. Es handelte sich einmal um die in der Anfangsphase der Weimarer Republik mit dem Namen von Bill Drews verbundenen und später im Zusammenhang mit der umfassenden Reichsreformdiskussion entwickelten Reformvorschläge für die regionale Selbstverwaltung; zum anderen ging es um die kommunale Gebietsreform im westfälischen Industriegebiet, die in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre erfolgte – Probleme also von erheblicher Brisanz, die den Zusammenhalt der Provinz belasten konnten.

Gronowski hat die mit diesen Fragen verbundenen Schwierigkeiten durchaus gesehen und daher frühzeitig versucht, auf die zwangsläufig heterogenen Standpunkte der Beteiligten ausgleichend einzuwirken. Er tat dies sowohl an die Adresse des in der Sache federführenden Preußischen Innenministeriums als auch an die der betroffenen Kommunen. Als es dennoch zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Gemeinden kam, warnte er im Provinziallandtag eindrücklich vor den unberechenbaren Folgen für die Provinz, wenn aus den „Reibungsflächen Brandstellen“ entstehen sollten: „weder die Staatsregierung noch der Gesetzgeber haben gewollt, daß Land gegen Stadt, Stadt gegen Stadt, Oberbürgermeister gegen Oberbürgermeister aufstehen und mit Wort und Schrift in den Kampf ziehen. Genug des grausamen Spiels, das geeignet ist, ein gut nachbarliches Verhältnis zu trüben oder gar zu zerstören! Alle, insbesondere jene Männer, die an verantwortlicher Stelle stehen, haben das Recht, ihre Meinung zu äußern, aber sie haben mehr als andere Sterbliche die Pflicht, jede Meinungsverschiedenheit ritterlich auszutragen . . . Wir alle sind doch aufeinander angewiesen: Gemeinden, Kreise, Städte, Provinz, Staat und Reich!“⁶⁷ Immerhin konnte Gronowski die Regierung von ihrem ursprünglichen Plan abbringen, die im Rahmen der Eingemeindungen freiwerdenden Beamten und Angestellten über die ganze Provinz zu verteilen. Er erreichte, daß diese von den vergrößerten Gemeinden aufgenommen wurden.⁶⁸ Gronowskis Lösung bedeutete zwar, wie er selbst zugestand, für die betroffenen Städte eine erhebliche finanzielle Belastung, aber sie bewahrte zahlreiche Familien vor erheblichen Härten, die mit einer Versetzung zwangsläufig verbunden gewesen wären.

Im Gegensatz zu seinem Engagement in regionalen Reformfragen ist Gronowski – soweit erkennbar – in der allgemeinen Diskussion über die Reorganisation der preußischen inneren Verwaltung nicht nennenswert hervorgetreten. Bemerkenswert erscheint lediglich, daß er für eine Beibehaltung und sogar Stärkung des Amtes des Regierungspräsidenten plädierte. Im übrigen vertrat er die Auffassung, daß Konfliktfälle zwischen dem Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten „mit entsprechender Vernunft und dem erforderlichen

67 Verhandlungen PLT, 1928, III. Teil, S. 3.

68 Vgl. die Mitteilung Gronowskis, ebenda.

Takt . . . spielend leicht ohne ministerielle Erlasse geregelt werden“ könnten.⁶⁹ Als die Mehrzahl der preußischen Oberpräsidenten in dem Zusammenhang auf eine bessere Besoldung drängte und auf die höheren Gehälter der Regierungspräsidenten hinwies, schrieb Gronowski an den Rand der Vorlage die für ihn bezeichnende Marginalie: „Diese Stelle soll geändert werden. Es darf nicht der Gedanke aufkommen, als wenn die OP (Oberpräsidenten, d. Vf.) den RP (Regierungspräsidenten, d. Vf.) den geringen Vorsprung nicht gönnen.“⁷⁰

Den Anstieg der nationalsozialistischen Wählerstimmen sowie den Einzug von Nationalsozialisten in die Parlamente hat Gronowski mit Sorge registriert. Dabei beunruhigte ihn weniger die Anfälligkeit der Arbeiterschaft als die der bürgerlichen Kreise. Der organisierten Arbeiterschaft attestierte er sogar ausdrücklich eine besonnene Haltung und politische Reife trotz der wirtschaftlichen Not und des Wirkens politischer Demagogen.⁷¹ Gronowski hat den Spielraum seiner Kompetenzen als Oberpräsident voll ausgeschöpft und verbot antirepublikanische Kundgebungen sowie Zeitungen, die Hetzartikel gegen den Staat veröffentlichten. Gleichzeitig exponierte er sich in den Wahlkämpfen für das Zentrum und unterstützte nachdrücklich die Politik Brünnings, mit dem ihn ein vertrauensvolles Verhältnis verband. Wie dieser, so war auch Gronowski davon überzeugt, daß die Regierung „hundert Meter vor dem Ziel“ vornehmlich an den Intrigen der ostelbischen Agrarfronde gescheitert sei.⁷²

Gerade wegen der politischen Radikalisierung und Polarisierung bekannte sich Gronowski auf der Verfassungsfeier am 11. August 1932 in Münster nachdrücklich zum parlamentarischen System.⁷³ Er verhehlte nicht, daß die Verfassung in einzelnen Punkten überprüft werden sollte und verwies dabei auf die direkte Wahl des Reichspräsidenten. Er wandte sich aber entschieden gegen eine Totalrevision der Verfassung, die ein gutes „Fundament der Gerechtigkeit und Freiheit“ sei. Gronowski verurteilte die Tendenz, den politischen Gegner als national unzuverlässig zu verketzern und appellierte an die nationale Solidarität in der Zeit des Ruhrkampfes. „Deutschland hat den inneren Frieden ebenso notwendig, wie der einzelne Mensch sein tägliches Brot . . . Wer Deutschlands Aufbau und Fortschritt will, wer Gesundheit und Erneuerung wünscht, arbeitet nicht mit Revolver, Handgranaten und Tränengas. Die politischen Kämpfe in unserem Lande haben Formen angenommen, die geeignet sind, uns in den Augen anderer Kulturvölker zu Halbwilden zu degradieren . . . Der politische

69 StAM, Oberpräsidium Nr. 7027, Gronowski an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, am 27. 7. 1927.

70 StAM, a.a.O., Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Dr. Maier, vom 17. 2. 1927.

71 Verhandlungen PLT, 1931, III. Teil, S. 1.

72 Materialien Gronowski, Akte Brüning, Gronowski an Henning Graf von Borcke vom 28. 1. 1947.

73 Münsterische Morgenpost, Nr. 223 vom 13. 8. 1932, mit der Wiedergabe der Rede.

Fanatismus wirkt wie eine verheerende Seuche und gibt einer Negerrepublik dritter oder vierter Klasse fast das Recht, auf uns gönnerhaft herabzublicken.“

Diesen Vergleich empfand die Westfälische Landeszeitung für einen „hohen staatlichen Beamten . . . derart ungeheuerlich“, daß sie indirekt die Abberufung Gronowskis forderte.⁷⁴ Unter Anspielung auf die im Zuge des Staatsstreiches in Preußen vom 20. Juli 1932 vorgenommene massenhafte Amtsenthebung von politischen Beamten meinte die Zeitung: „Wir sind gespannt, was die Regierung zu diesen Ausführungen eines Beamten zu sagen haben wird.“

Mit der Demissionierung Brünings und der Kanzlerschaft Franz von Papens schienen die Tage Gronowskis als Oberpräsident tatsächlich gezählt. Dieser verwaltete zwar seit dem 22. Juli 1932 das Regierungspräsidium in Münster mit, nachdem auch der bisherige Regierungspräsident Dr. Rudolf Amelunxen ein Opfer von Papens Revirement geworden war,⁷⁵ aber in den Kreisen der Präsidialregierung galt Gronowski als „ein verbrauchter Mann“.⁷⁶ Er sollte in nächster Zeit durch den ehemaligen Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Hermann Pünder abgelöst werden.⁷⁷ Da dieser es aber ablehnte, wie er später berichtete, seine „Hand dazu (zu) bieten, dem verdienten alten christlichen Gewerkschaftler, der ein Jahrzehnt lang vorbildlich diesen Posten in Münster innehatte, wehe zu tun“, wurde der Wechsel zurückgestellt. Stattdessen wollte man warten, bis Gronowski, der zu dem Zeitpunkt 58 Jahre alt war, die Pensionsgrenze erreichte.⁷⁸

Mit der Machtübernahme durch Hitler und der Betrauung Görings mit dem Preußischen Innenministerium war die Ablösung Gronowskis nur noch eine Frage der Zeit. Da er sich gerade jetzt in den Wahlkämpfen für das Zentrum als Redner engagierte, waren die Konflikte mit seinem Dienstherrn absehbar. Göring mied indes die offene politische Konfrontation und versetzte Gronowski am 22. Februar 1933 in den einstweiligen Ruhestand, nachdem dieser es abgelehnt hatte, ein von Göring angeordnetes Zeitungsverbot zu vollstrecken.⁷⁹ Das Verbot galt dem Teil der Zentrumspresse, der am 16. Februar einen Aufruf zum Schutz der Verfassung veröffentlicht hatte. Gronowski, der versucht haben soll, Göring von seiner Anweisung abzubringen,⁸⁰ begründete seine Weigerung mit dem Satz: „Ich müßte meine Vergangenheit verleugnen, wenn ich meinen

74 Nr. 224 vom 13. 8. 1932.

75 Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep. 77, Nr. 262, S. 83. Im einzelnen zur Amtsenthebung Karl *Teppes*, Rudolf Amelunxen, in: Aus dreißig Jahren. Rheinisch-westfälische Politiker-Porträts, hrsg. von Walter Först, Köln und Berlin, 1979.

76 Hermann *Pünder*, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932, Stuttgart 1961, S. 149.

77 Ebenda.

78 Hermann *Pünder*, Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart, 1968, S. 136.

79 GStA, Rep. 77, Nr. 262, S. 129, dazu auch *Joos*, So sah ich sie, S. 36f.

80 Vgl. den Bericht in: Münsterischer Anzeiger Nr. 191 v. 20. 2. 1933.

Namen unter ein Verbot der Wahrheit setzen würde“ und überließ die Durchführung seinem Vizepräsidenten Weber.⁸¹ In nationalsozialistischen Organen wie der „National-Zeitung“ wurde dagegen der ganze Vorgang so dargestellt, als habe Gronowski von sich aus das Entlassungsgesuch eingereicht, um gegen das Verbot der Zentrumspresse zu protestieren.⁸²

Zu Gronowskis Nachfolger ernannte die preußische Kommissariatsregierung den Präsidenten der Landwirtschaftskammer von Westfalen und Landrat a. D. Ferdinand Freiherr von Lüninck, der der DNVP angehörte.⁸³ Neben parteiinternen Rivalitäten und Gründen der politischen Opportunität verhinderten – so die Aussage des älteren Bruders Lünincks, Hermann Freiherr von Lüninck – die entschiedenen Interventionen des in Münster stationierten Armeekorps die in Aussicht genommene Berufung eines Parteifunktionärs zum Oberpräsidenten und gaben den Ausschlag für die Wahl Ferdinand Lünincks.⁸⁴ Vergeblich hatte Gronowski diesen vor einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten gewarnt, die verhängnisvolle politische und persönliche Konsequenzen haben müsse.

Lüninck gab wenige Tage später am 27. Februar 1933 eine Pressekonferenz, auf der er Gronowskis Amtszeit folgendermaßen würdigte: „Weit über zehn Jahre hat Gronowski den Posten des obersten politischen Staatsbeamten der Provinz Westfalen innegehabt. Es wäre sinnlos, hier zu verhehlen, daß zwischen seiner und meiner Anschauung in politischen Dingen tiefgehende Verschiedenheiten und Gegensätze bestehen. Dies ist für mich aber kein Hindernis, gern und mit Anerkennung auszusprechen, daß Oberpräsident Gronowski in seiner 10jährigen Amtszeit sich stets hat leiten lassen von dem ernstesten Bestreben, alles ihm Mögliche zu tun, um der Bevölkerung der ihm anvertrauten Provinz in der Schwere dieser Zeit nach Kräften zu helfen. Die Schlichtheit seines Wesens, die offene Ehrlichkeit seines Charakters, das Einstehen für seine Überzeugung hat ihm bei aller Gegensätzlichkeit der Anschauungen mit Recht die menschlichen Sympathien erworben, denen eine gerade und aufrichtige Natur stets gewiß sein kann. Wenn die gesamtpolitische Entwicklung nunmehr sein Scheiden aus dem bisherigen Amt auch unvermeidlich gemacht hat, so empfinde ich es doch als eine Pflicht der Ritterlichkeit, auch dem politischen Gegner den Dank und die Anerkennung nicht zu versagen, auf die seine pflichttreue, lange Amtsführung und seine menschlichen Eigenschaften ihm einen Anspruch geben.“⁸⁵

81 Joos, a.a.O., S. 37.

82 Nr. 49 vom 19. 2. 1933.

83 GStA, Rep. 77, Nr. 262, Zur politischen Biographie und Amtsführung Lünincks: Karl Teppe, Provinz - Partei - Staat. Zur provinziellen Selbstverwaltung im Dritten Reich, untersucht am Beispiel Westfalens, Münster, 1977, S. 19ff., passim.

84 Die Darstellung findet sich in einem Brief H. v. Lünincks an Dr. Helmut Naunin vom 24. 4. 1962, den dieser mir freundlicherweise zugänglich gemacht hat.

85 Zit. n. Münsterischer Anzeiger Nr. 220 v. 27. 2. 1933.

Die Form und der Inhalt, in der Lüninck das Wirken Gronowskis für die Provinz würdigte, waren dort, wo es 1933 auch auf der mittleren und lokalen Ebene zum „Machtwechsel“ kam, nicht die Regel. Aber trotz der Genugtuung, die Gronowski darüber empfunden haben mag, dürfte er die Worte Lünincks zwiespältig und mit Bitterkeit aufgenommen haben. Schließlich repräsentierte Lüninck jene politische und gesellschaftliche Schicht Westfalens, die Gronowski in den zurückliegenden Jahren politisch und persönlich zugesetzt hatte wie sonst niemand. Für Gronowski begannen die bitteren Jahre der inneren Emigration. Verleumdungen in der NS-Presse und Drohungen durch Rollkommandos der SA veranlaßten ihn, wenige Monate später Münster zu verlassen und nach Köln zu ziehen.

Das Innenministerium hatte ihn am 6. Oktober 1933 aufgrund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 mit sofortiger Wirkung entlassen.⁸⁶ Der § 4 des Gesetzes konnte auf Beamte angewendet werden, „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten . . .“⁸⁷ Darüber hinaus war mit dem § 4 eine Kürzung des Ruhegehaltes um 25 % verbunden. Der Vorwurf der nationalen Unzuverlässigkeit hat Gronowski zutiefst getroffen. Die Bemühungen von Freunden und Geistlichen, unter ihnen der Osnabrücker Bischof Wilhelm Berning, im Ministerium die volle Pension für Gronowski durchzusetzen, scheiterten an Göring. An diesen ein Gnadengesuch zu richten, was Berning angeregt hatte, lehnte Gronowski ab. Er wollte nicht um einen Anspruch bitten, den er sich durch seinen Staatsdienst erworben hatte.⁸⁸ Mithin sah er sich gezwungen, für die Regierungsbezirke Arnsberg und Minden eine Vertretung für Wein, Kaffee und Tee zu übernehmen, um seine siebenköpfige Familie durchbringen zu können.

Gronowski hat sich während der nationalsozialistischen Diktatur jeder politischen Tätigkeit enthalten, um seine Familie nicht zu gefährden. Er pflegte Verbindungen zu einigen wenigen politischen Freunden, insbesondere zu Kollegen aus der katholischen Arbeiterbewegung, doch seine Hauptsorge war, wie er die Familie über Wasser halten konnte. Nicht wenige, denen er in den vergangenen Jahren beigesprungen war, versagten sich ihm oder wandten sich von ihm ab. Als er in Köln ausgebombt war, zog er nach Paderborn. Hier verlor er durch einen Luftangriff ein zweites Mal seinen Besitz und wurde selbst verschüttet. Er erlitt eine Trommelfellverletzung und den Teilverlust seines Gehörs. Anfang 1943 starb seine Frau. Das Kriegsende erlebte Gronowski in einem Lazarett.

86 Materialien Gronowskis, Personalakte J. G., Schreiben von Staatssekretär Grauert.

87 RGBl. I, 1933, S. 245.

88 Vgl. den Schriftwechsel, in: Materialien Gronowki, a.a.O.

VII

Bereits im Sommer 1945 begann für Gronowski eine neue Phase politischer Aktivität. Das Amt des Oberpräsidenten, für das er unter anderem neben Carl Severing und Rudolf Amelunxen im Gespräch war, lehnte er aus Alters- und Krankheitsgründen ab. Dagegen schloß er sich in Paderborn einer örtlichen christlich-demokratischen Partei an und wurde auf dem Gründungsparteitag der CDU in Bochum am 2. September 1945 in den Vorstand der neuen Partei gewählt.⁸⁹ Eine Wiederbegründung des Zentrums hielt er aus mehreren Gründen nicht für sinnvoll und politisch erfolgreich. Er lehnte deshalb eine Mitarbeit in der Westfälischen Zentrumsparlei ab, die sich neu konstituierte. In dem persönlich abgefaßten Aufruf: „Warum ich dabei bin“, zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vom 15. September bzw. 13. Oktober 1946 rechtfertigte er seine Entscheidung. Man könne nicht dort wieder anfangen, wo man 1933 aufgehört habe. Es müsse eine neue Partei geschaffen werden, „die unabhängig ist von der Vergangenheit. Eine Partei, die nicht belastet ist durch politische Vorgänge, die wir täglich verteidigen müßten. Die Jugend und die heimkehrenden Soldaten wollen eine neue politische Heimat haben, die *christlich* ist und *deutsch* und *demokratisch!* . . . Die in Ehren abgekämpfte Zentrumsgruppe bedarf auf dem politischen Kampfplatz dringend der Ablösung. . . Wir wollen in die Tat umsetzen, was viele Millionen Deutscher herbeisehnen: die Vereinigung der evangelischen und katholischen Christen auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.“⁹⁰ Ähnlich argumentierte Gronowski in seinem Brief vom 2. März 1948 an den in den USA lebenden Heinrich Brüning und verteidigte die Gründung der CDU als „eine politische Notwendigkeit ersten Ranges. Der Streit Rom-Wittenberg ist Gott sei Dank erstickt . . .“⁹¹

Gerade das interkonfessionelle Argument spielte bei Gronowski eine entscheidende Rolle. Er hat daher in der Konstituierung von Sondergruppen in der CDU zugleich die Gefahr gesehen, daß eines Tages auch die Katholiken und die evangelischen Christen in der CDU ihre eigenen Tagungen veranstalteten.⁹² Deshalb hat Gronowski auch die Bildung von Einheitsgewerkschaften begrüßt, ohne freilich die Existenz einer christlichen Gewerkschaft bzw. der katholischen Arbeiterbewegung für überflüssig zu halten.⁹³

89 Vgl. Peter *Hüttenberger*, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973, S. 55,59. An dieser Stelle sei auf die vor dem Abschluß stehende Dissertation von Gisela *Schwarze*, Münster, verwiesen, in der der Wiederbeginn des politischen Lebens im Regierungsbezirk Münster 1945/46 auf breiter Grundlage untersucht und auch die Rolle Gronowskis in dieser Zeit geschildert wird.

90 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (= HStAD), RWN 108-13. Der Aufruf ist datiert vom 2. 9. 1946.

91 Materialien Gronowski, Akte Brüning.

92 HStAD, RWN 105-23, Gronowski am 29. 6. 1947 an Dr. Otto Boelitz.

93 Wie Anm. 85.

Als der Vorsitzende des Landesverbandes der CDU von Westfalen, der Dortmunder Zeitungsverleger Lambert Lensing, auf Druck der britischen Militärregierung Mitte März 1946 sein Amt niederlegte, übernahm Gronowski, bedrängt von seiner Partei, den Vorsitz. Gronowski, der bei seiner Wahl im 73. Lebensjahr stand, hat das Amt von Anfang an als eine schwere Bürde empfunden, die noch durch die besonderen Verhältnisse der Nachkriegssituation verstärkt wurde. Er besaß keine persönlichen politischen Ambitionen mehr. Seine Hauptaufgabe als Vorsitzender sah er darin, die verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen Interessenlagen in die Partei zu integrieren, Flügelbildungen zu vermeiden und immer wieder die historische Tragweite des politischen Zusammengehens von Katholiken und Protestanten zu betonen. Die Organisationsarbeit hat er so gut wie ganz seinem Geschäftsführer Paul Steup überlassen.⁹⁴ Obwohl der Parteivorsitz für Gronowski „längst . . . zu ein(em) Kreuz geworden war“, wie er dem Vorstandsmitglied und ehemaligen preußischen Kultusminister Dr. Otto Boelitz gegenüber gestand, ließ er sich 1948 zu einer zweiten Amtsperiode überreden.⁹⁵ Erst im April 1951 zog er sich von allen Parteiämtern zurück.

Darüber hinaus war Gronowski Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Er gehörte sowohl dem 1946 von der Militärregierung ernannten als auch dem am 20. April 1947 gewählten Parlament an, ohne aber dort ein einziges Mal das Wort zu ergreifen. Im Jahre 1948 konnte er, wie kurz zuvor sein sozialdemokratischer Kollege Carl Severing, auf eine über 40jährige Tätigkeit als Abgeordneter zurückblicken.⁹⁶ Mit Severing hatte Gronowski neben der Herkunft aus dem gleichen sozialen Milieu und dem Wirken in der Arbeiterbewegung die Art gemeinsam, politisch-soziale Probleme praktisch und nicht theoretisch anzugehen. Seit dem zusammen durchgestandenen Ruhrkampf – Severing als preußischer Innenminister, Gronowski als Oberpräsident – verband beide Männer ein fast vertrauensvolles Verhältnis. Obwohl er für die zweite Wahlperiode nicht mehr direkt kandidierte, kehrte er über die Reserveliste der Partei für den verstorbenen Josef Schrage am 28. Dezember 1953 erneut in den Landtag zurück. Gronowski starb am 27. August 1958 im Alter von 84 Jahren nach einem schweren Herzleiden in Paderborn.

Die bisher vorherrschende Tendenz, Gronowski als einen Politiker zu beschreiben, „der doch zuerst Mensch war“,⁹⁷ trifft zweifellos einen wesentlichen

94 Vgl. die Korrespondenz zwischen Gronowski und Steup, in: HStAD, RWN 108-8, 10-12.

95 HStAD, RWN 108-12, Schreiben vom 17. 6. 1948.

96 Stenographische Berichte Landtag NRW, 49. Sitzung vom 14. 1. 1948, S. 629.

97 *Gruna*, a. a. O., S. 168, auf der gleichen Linie Joseph *Giesenkirchen*, Westfalens letzter Oberpräsident. Abschied von Johannes Gronowski, in: *Westfalenspiegel*, 10, 1958, S. 29-31, sowie Gustav *Engel*, *Politische Geschichte Westfalens*, Köln und Berlin 1968, S. 277f. Gronowski war aber nicht Westfalens letzter Oberpräsident, wie Giesenkirchen angibt, sondern Rudolf Amelunxen, den die britische Militärregierung nach Kriegsende ernannte. Vgl. Walter *Först*, *Geschichte Nordrhein-Westfalens*, Bd. I, 1945-1949, Köln und Berlin 1970, S. 39f., *Teppe*, Rudolf Amelunxen, S. 58.

Charakterzug Gronowskis, aber sie erfaßt nicht dessen spezifisch politischen und sozialen Beitrag als Arbeiter- und Parteisekretär, als Oberpräsident und als Parteiführer.

Gronowski mußte zu all den Ämtern, die er ausgeübt hat, gedrängt werden, nicht aber zur Übernahme politischer und sozialer Verantwortung. Ihr hat er sich immer gestellt. Aber er legte keinen Wert darauf, daß dies im Rampenlicht der Öffentlichkeit geschah. Gronowski war ein Praktiker der politischen und gesellschaftlichen Probleme, kein Theoretiker. Er orientierte sich stets an den konkreten menschlichen Bedürfnissen, weniger an ideologischen Disputen und Lehrsätzen. So ist er schon im Abgeordnetenhaus der preußischen Monarchie und verstärkt im preußischen Landtag der Weimarer Republik unermüdlich und leidenschaftlich für die soziale Verantwortung des Staates eingetreten. Er plädierte für ein extensiv verstandenes Subsidiaritätsprinzip, das aber die führende Rolle des Staates in der Sozialpolitik nicht in Frage stellte. Hier liegt bereits ein Ansatzpunkt für die Auffassung, die 1927 in das vom Zentrum verabschiedete „sozialpolitische Manifest“ Eingang fand, in dem eine Ausweitung der „staatlichen Sozialpolitik . . . zur sozialen Staatspolitik“ gefordert wurde.⁹⁸

Die Tatsache, daß Gronowski in seiner Amtszeit als Oberpräsident nicht durch spektakuläre Maßnahmen glänzte – sieht man einmal von den Umständen seiner Dienstenthebung ab –, lag weniger an ihm selbst als an der Konstruktion des Amtes; zudem hatte wie alle seine Vorgänger auch Gronowski in der westfälischen Öffentlichkeit mit dem Nimbus zu kämpfen, der hier bis heute Westfalens ersten Oberpräsidenten Ludwig von Vincke – zu Recht oder Unrecht umgibt. Ebenso erscheinen die Schwächen Gronowskis in der technisch-taktischen Handhabung des Amtes als zweitrangig. Sie werden mühelos aufgewogen durch die in der historischen Rückschau besonders ins Gewicht fallende Weise der politischen Führung des Amtes. Sie orientierte sich vorbehaltlos an der Verfassung und an den Ansprüchen der parlamentarischen Demokratie und darf nicht als eine Politisierung der Behörde mißverstanden werden. In dieser Hinsicht hat Gronowski einen beispielhaften Bekennermut gezeigt, der sowohl seiner charakterlichen Grundhaltung als auch seiner politischen Überzeugung entsprang.

⁹⁸ Zit. n. Georg Schreiber, Innenpolitik des Reiches, in: Politisches Jahrbuch 1927/28, M.-Gladbach, 1928, S. 85f.